

VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Die Aussperrung in Kassel.

Der seit 16 Wochen andauernde Streik der Tischlergehilfen in Kassel, wobei der Arbeitgeberverband deutscher Tischlermeister, Sitz Berlin, als bekannter Scharfmacher ein klägliches Risiko erlitten, gab den Unternehmern im Baugewerbe willkommenen Anlaß, eine Strafprobe großen Stils zu entfalten. Am 9. Juli d. J. richtete der Kasseler Arbeitgeberverband für das Baugewerbe an das dortige Gewerkschaftsamt ein Ultimatum, in dem es heißt:

„Wenn bis zum 22. Juli die Tischlergehilfen die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, so werden am 25. Juli alle Gesellen und Arbeiter, welche Verbänden angehören, entlassen.“

Der Kasseler Arbeitgeber-Verband, für das Baugewerbe richtet nun an das Gewerkschaftsamt das Ersuchen, diesen Beschluß den einzelnen Gewerkschaften mitzuteilen, damit möglicherweise der Ausstand für alle Baugewerbe vermieden wird.

Es soll noch hinzugefügt werden, daß die Tischlermeister auf dringendes Ersuchen der übrigen Baugewerke sich bereit erklärt haben, die von ihnen vor dem Beginn des Ausstandes gemachten Zugeständnisse bis zum 22. Juli anrecht zu erhalten. Sollte die Jubiläumsgewerkschaft nicht bekannt sein, so führen wir dieselbe nachstehend an:

1. Auf den bisher gezahlten Lohn werden bei Wiederaufnahme der Arbeit 2 % für die Stunde und am 1. April 1904 abermals 2 % für die Stunde zugelegt.
2. Möglichste Vermeidung aller Sonntags- und Nachfeierabend-Arbeiten. Werden solche Arbeiten verlangt, so wird für Ueberstunden bis abends 8 Uhr ein Aufschlag von 10 % für solche nach 8 Uhr abends und Sonntags ein Aufschlag von 20 % für die Stunde gezahlt.
3. Die Akkordlöhne erhalten eine Erhöhung von 10 pSt.
4. Diese Vereinbarungen sind auf allen Werkstätten gedruckt anzuhängen.“

Das Kasseler Gewerkschaftsamt hat sich des ihm gewordenen Auftrages prompt erledigt und die Vorstände der in Betracht kommenden Organisationen haben zu dem Schreiben sofort Stellung genommen. Das war schon um deswillen geboten, weil beispielsweise die Maurer und Zimmerer mit der Kasseler Bauvereinigung einen Arbeitstarif abgeschlossen haben, der erst in zwei Jahren abläuft.

Unsere Kollegen, welche am 17. Juli in einer stark beschleunigten Versammlung hierzu Stellung nahmen, haben dies Ersuchen, gleich den übrigen in Betracht kommenden Organisationen, abgelehnt, indem sie sich, wie es auch nicht anders sein kann, auf den Standpunkt stellten, daß es Sache jeder einzelnen Gewerkschaft sei, ihre Lohnkämpfe unbehindert durch die übrige Arbeitererschaft anzufechten. Infolgedessen ging am 25. Juli die Aussperrung vor sich, die Zahl unserer ausgesperrten Kollegen beträgt 325; zirka 60 sollen einen Revetz unterschrieben haben, aus der Vereinigung auszutreten. Diese und gegen 70 Unorganisierte sollen zur Zeit noch in Arbeit stehen. Die Maurer haben diese unqualifizierbare Treulosigkeit des koalitierten Unternehmertums mit Lohnforderungen beantwortet, auch andere Organisationen dürften diesem Beispiele folgen. Der Kampf, der durch unerhörte Provokationen der Scharfmacherverbände den Arbeitern aufgezwungen ist, wird in der schärfsten Weise durchgeführt werden müssen, für alle organisierten Arbeiter des Baugewerbes wird diese Aussperrung der Prüfstein für ihre Solidarität sein.

Die immer häufiger zum Vorschein kommenden brutalen Aussperrungen und Koalitionsentrechtungsversuche seitens der Unternehmerverbände beweisen auf's Deutlichste die Mangelhaftigkeit des deutschen Koalitionsrechtes. Während auf der einen Seite Unternehmer die ihrer Berufsorganisation angehörnden Arbeiter ungestraft zwingen, ihren Austritt zu erklären, verurteilen zu gleicher Zeit deutsche Richter Arbeiter wegen Erpressung zu Gefängnisstrafen, die sich weigern, mit Nichtorganisierten

oder Streifbrechern zusammen zu arbeiten und die Arbeit niederlegen.

Und nicht minder fühlt jeder den Widerspruch heraus, daß man Arbeiter bestraft, wenn sie durch Ankündigung sofortiger Arbeitseinstellung einen Druck auf Unternehmer ausüben wollen, während in Kassel der Bauarbeiterverband ungestraft 3000 Arbeiter mit Aussperrung bedrohte und die Drohung verwirklichen konnte, um die Tischlergehilfen zur Beilegung ihres Streiks zu zwingen. Hier liegen doch, wo es sich auch um ein tarifbrüchiges Verhalten so vieler Arbeitgeber des Baugewerbes handelt, alle Merkmale der widerrechtlichen Drohung und Zwangsanwendung vor, die das Reichsgericht seinen bekannten Erpressungsdefinitionen zu Grunde legte. Wenn in solcher Weise Licht und Schatten ungleich verteilt sind und die Koalition der Arbeiter rechtlos allen Gewalttätigkeiten des Unternehmertums und allen juristischen Spitzfindigkeiten preisgegeben ist, während die Arbeitgeber sich strafflos jede Willkür erlauben können, so müssen diese Mängel der heutigen Rechtsordnung auch dem Mädesten offenbar werden. Die Massenansperrungen rücken diese Mängel in das hellste Licht und lenken auch die Aufmerksamkeit bürgerlicher Kreise auf sie, die sonst weitab von den Koalitionskämpfen stehen. So schrieb erst kürzlich in der „Sozialen Praxis“ Prof. Franke über die dringendsten Aufgaben der Sozialreform:

„Es wird behauptet, jede Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechtes, jede Beseitigung der Schranken des Vereinsrechtes komme nur der sozialdemokratischen Bewegung zu gute. Wir kennen etwas Schlimmeres als die Sozialdemokratie und ihre Tochter, die Reaktion mit ihren Knebelgesetzen, die gewöhnlichen, was sie erfinden wollen, hat jüngst die „Völkische Zeitung“ geschrieben. Sehr wahr! Und, fügen wir hinzu, Reich und Staat haben Gerechtigkeit und Unparteilichkeit auch dann walten zu lassen, wenn es sich um sozialdemokratische Arbeitermassen handelt. . . Jede Einengung des Koalitionsrechtes, jede Ungerechtigkeit, als Härte oder auch nur als Schikane empfundene Maßregelung treibt diese Massen immer näher und fester an die politische Sozialdemokratie, in der allein sie die Rettung sehen gegen erlittene Unbill, die einzige Erlöserin aus Not und Elend.“

Die Arbeiterorganisationen haben längst aufgehört, nichts als Streikvereine zu sein. Jeder Blick in ihre Jahres- und Rechenschaftsberichte bezeugt dies. Von Jahr zu Jahr wachsen die Summen für Unterstützungs- und Bildungszwecke stärker an, nehmen die Aufwendungen für Arbeitskämpfe verhältnismäßig ab. Im Durchschnitt sind schon jetzt die letzteren beträchtlich geringer als die ersteren — auch in den freien Gewerkschaften ist dies der Fall. Auch ist es ein Verstum, anzunehmen, daß die Führer und Beamten der Arbeiterberufsvereine eine Freude an Streiks hätten. . . Allerdings zu reinen Unterstützungs- und Bildungszwecken sollen die Gewerkschaften nicht herabzinken. Sie müssen Kampfbereine bleiben, sie sollen streben und kämpfen für die Interessen der in ihnen vereinigten Arbeiter, für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, für die Hebung der Lebenshaltung und die Achtung der Arbeit. Nicht so stark, wie so vielfach gejamert oder irrtümlich behauptet wird, sind heutzutage in Deutschland die Arbeiterberufsvereine — nein, zu schwach sind sie! Die Berufsorganisationen und Handelskammern haben die Unternehmer von Reichs- und Staatswegen organisiert, die Kartelle und Syndikate haben sie wirtschaftlich geeint und eingestandenemassen ihre Position gegenüber den Arbeitern gestärkt, die Arbeitgeberverbände zu Schutz und Trutz haben in den letzten Jahren eine gewaltige Macht erlangt. Man überblicke doch die Streikbewegung der letzten Jahre! Die Zahl der Niederlagen der Arbeiter bei Streiks ist weit größer als die der Erfolge, die Aussperrungen jedoch werden fast stets gewonnen. Und jetzt, wo nach einer langen Zeit des wirtschaftlichen Druckes das Geschäftsleben sich langsam wieder hebt, da vollziehen sich die Arbeitskämpfe fast durchweg in der Form großer Aussperrungen. Jeder keine Einzelzweißt, den die Arbeiter mit einem Arbeitgeber haben, wird von den Unternehmerverbänden mit einer Gesamtaussperrung von Tausenden beantwortet, weil sie die Macht in sich fühlen, die Arbeiter zur Annahme ihrer Bedingungen zu zwingen.

Das würde nicht der Fall sein, wenn den Arbeitgeberverbänden gleich starke Gewerkschaften gegenüberständen. Ein jedes Gleichnis hint, aber wie man mit Recht sagt, daß das Gleichgewicht der gegnerischen Kräfte in der politischen Arena Kräfte verhilft und den Frieden sichert, so darf man das Analoge in gewissem Umfange auch von den Parteien im Wirtschaftsleben sagen, die bei aller Gemeinsamkeit der Interessen naturgemäß Gegner hinsichtlich des Anteils am Gewinn und Einkommen sein müssen. Freilich

werden Streiks, Aussperrungen, Boykotts nie ganz vermieden werden. Sie sind aber längst nicht Mittel im gewerblichen Kampfe allein, sondern werden als völlig legitime Waffen in allen Massen und Ständen gebraucht. Es ist eine schwere Ungerechtigkeit, wenn man für Arbeiterausstände nur Worte der Verurteilung hat, während man Aussperrungen, Ferkel- und Apothekerstreiks, Boykottaktionen von Behörden als etwas Selbstverständliches oder gar Böbliches betrachtet. Man sollte auch die Bedeutung der gewerblichen Arbeitskämpfe für unser gesamtes Wirtschaftsleben nicht übersehen. Der Verlust an Arbeitstagen, den die Streiks und Lockouts im vorigen Jahre bewirkt haben, wird eine Million kaum übersteigen bei insgesamt etwa zwei Milliarden Arbeitstagen in Gewerbe und Handel, ohne Landwirtschaft und Gesindebesitz. Eine Million Arbeitstage aber hat die Nation allein schon durch die herrschende Arbeitslosigkeit im Ausbruchgewerbe verloren. Ein einziger voller Feiertag bedeutet ein Einkommen der Tägigkeit von 5-6 Millionen Arbeitern.

Aber das muß noch mit dem größten Nachdruck betont werden: Weder die Arbeitskammern, noch die Tarifgemeinschaften, noch die Einigungsämter, nicht einmal die Arbeiterausschüsse — keine dieser Institutionen des sozialen Friedens ist denkbar ohne die Organisation der Arbeitgeber und der Arbeiter. Wie sollen die Parteien verhandeln und beschließen, wenn sie nicht bevollmächtigte Vertreter, die ihr Vertrauen besitzen, wählen und entsenden? Und wie kann das geschehen, ohne daß die Arbeitgeber und Arbeiter sich in festen Verbänden zusammenschließen? Ausgang trägt nicht und eine Masse ohne Disziplin, ohne Organisation und Leitung kann keine Gewähr für die dauernde Einhaltung von Abmachungen liefern. So kommen wir, mögen wir die Sache anfangen, wo wir wollen, immer wieder auf die Notwendigkeit einer Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechtes der Arbeiter hinaus, das die Arbeitgeber jetzt schon in vollem Umfange haben und benutzen. Hier liegt die große Aufgabe der deutschen Sozialreform, die an Wichtigkeit alle andern übertrifft. Sie zu lösen ist eine Forderung der Gerechtigkeit und der Zweckmäßigkeit. Je mehr der Staat die Pflicht ausübt, die Schwachen vor der Uebermacht der Starken zu schützen, desto mehr soll er die Selbsthilfe da fördern, wo sie aus eigenen Kräften zum Ziele gelangen kann. Und er soll dieser Selbsthilfe die Formen schaffen, die ihr eine Wirksamkeit in Ordnung und Frieden verbürgt. Diese Formen werden in der Organisation gegeben. Reich und Staat müssen das Koalitionsrecht zur vollen Geltung bringen und gleichzeitig die Institutionen zur Sicherung des sozialen Friedens stärken. Dazu ist vornehmlich nötig:

1. Die Ausdehnung des § 152 der Gewerbeordnung auf die Bestrebungen der Arbeiterberufsvereine, soweit sie nicht bloß der Verbesserung, sondern auch der Erhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und der Erhöhung der allgemeinen Lebenshaltung gelten, und zwar auch dann, wenn diese Bestrebungen eine Abänderung der Gesetzgebung ins Auge fassen.
2. Eine Erweiterung des § 153 der Gewerbeordnung dahin, daß nicht nur der Mißbrauch des Koalitionsrechtes, sondern auch die mit Drohung oder Gewalt verbundene Verhinderung an der gesetzmäßigen Ausübung bestraft wird.
3. Die Beseitigung der einer freien Ausübung des reichsgesetzlichen Koalitionsrechtes in den Einzelstaaten entgegenstehenden Schranken durch Schaffung eines Reichsgesetzes für Vereine und Versammlungen.
4. Die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine ohne Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit.
5. Die Förderung aller Bestrebungen der Arbeitgeber und Arbeiter, in Tarifgemeinschaften die Arbeitsverhältnisse in ihrem Gewerbe fest zu regeln, sowie der Ausbau der Institutionen der Arbeiterausschüsse, der Gewerbeämter (einschließlich der Kaufmannsgerichte) und der Einigungsämter.
6. Die Errichtung von Arbeitskammern zur Pflege gemeinsamer Angelegenheiten der Arbeitgeber und der Arbeiter.

Die meisten dieser Forderungen hat der Reichstag schon wiederholt ausgesprochen, andere betreffen nur die Erfüllung alter Verheißungen. Noch vor der Arbeiterfürsorge durch Versicherung und Schutz wird diese Aufgabe, das Recht der Selbsthilfe zu organisieren, den wichtigsten Platz in der deutschen Sozialreform einnehmen.“

Daß das Scharfmachertum auf diese oder anderer verständigen Männer Stimme achtet, die zum Frieden rät, ist nicht zu erhoffen, dies hat nur einen Wunsch: Vollständige Unterwerfung der Arbeiter, sei es auch mit den schäblichsten Mitteln, wenn nur der Herr im Hause-Standpunkt gewahrt wird! Daß dieses Ziel eines brutalen Scharfmachertums nicht erreicht wird, dafür werden die Arbeiterorganisationen ihre vollen Kräfte einsetzen. Selbstverständlich ruft in diesen erbitterten Kämpfen die heiligste Pflicht auch den letzten Kollegen zu, einzutreten in die Reihe der Organisation und hier gemeinsam mitzukämpfen gegen Willkür und Ausbeutung.

Moderne Betriebsorganisation.

Von Seiten einer fortschrittlichen Arbeitsmarktpolitik wurde immer schon darauf hingewiesen, daß hohe Löhne die Konkurrenzfähigkeit eines Landes nicht herabsetzen, sondern steigern. Diese These verfehlt und verfehlt nicht nur die Sozialdemokratie, sie wird auch von liberalen Theoretikern der Nationalökonomie vertreten, so von Herzog, Brentano und manchen anderen. Freilich ließ diese These bei den Praktikern, bei Industriellen und vor allem bei kleinen Arbeitgeberern auf heftigen Widerstand, und nur selten einmal fand sich ein weiser Rabe, der die Möglichkeit niedrigerer Produktionskosten bei gleichzeitiger Steigerung der Löhne zugab. Auch heute noch steht im allgemeinen der deutsche Arbeitgeber auf dem rückwärtigen Standpunkt. Sobald eine schlechte Konjunktur eintritt, sobald ein Betriebsinhaber zu sparen anfängt, die Herstellungskosten seiner fabrizierten Waren erniedrigen will, alsbald denkt er zuerst an die Löhne: an ihnen muß zuerst und hauptsächlich gespart werden. Und doch ist diese Meinung nicht nur für den Arbeiter nachteilig, sie ist auch gegen das wohlverstandene Interesse des Arbeitgebers selbst. Das sehen allmählich mit auch Leiter größerer industrieller Betriebe ein. Fabrikdirektoren, die über die internationalen Wettbewerbsverhältnisse sich einen Heberblick verschafft haben, können sich auf die Dauer der Tatsache nicht verschließen, daß hohe Löhne die Leistungsfähigkeit der Arbeiter, die Zuentfaltung der Arbeit ganz beträchtlich erhöhen. Es ist nicht nur für die deutschen Industriellen, sondern auch für die Arbeiter zur Unterstützung ihrer Bestrebungen, die auf Erhöhung des Lohnes und auf Verkürzung der Arbeitszeit gerichtet sind, lehrreich, zu erfahren, wie sich ein früherer Leiter einer elektrotechnischen Fabrik, der sich viel mit der Organisation moderner Betriebe beschäftigt hat, zu der Frage der Lohn- und Arbeitszeitbemessung ausspricht. Er verlangt, daß unsere gewerblichen Betriebe vor allem an den Spezen sparen sollen. Diese sind nach seiner Ansicht viel zu hoch. Unnötige Ausgaben spielen noch als Folge einer falschen und nachlässigen Betriebsorganisation eine große Rolle im deutschen Produktionsprozeß und verteuern die Herstellungskosten. Auch die bürokratische Organisation wird von ihm als viel zu teuer verworfen. Die guten Lehren, die von dem Ingenieur Georg J. Erlacher in seinen „Briefen eines Betriebsleiters über Organisation technischer Betriebe“ (Hannover, bei Gebr. Jänecke) den deutschen Arbeitgebern gegeben werden, sind zwar nicht neu, aber die Art, wie Erlacher sie ausspricht, müssen auch dem kurzfristigen Betriebsleiter die Wirtschaftlichkeit hoher Löhne und kurzer Arbeitszeit begreiflich machen. Da uns speziell nur die den Lohn und die Arbeitszeit betreffenden Bemerkungen näher interessieren, so übergehen wir Erlachers Ausführungen über die Organisation der einzelnen Betriebsabteilungen und gehen gleich auf seine Bemerkungen über Herabminderung der Spezen näher ein. Darüber sagt der Verfasser nur wörtlich: „Die Politik eines jeden Betriebes sollte darauf gerichtet sein, die Spezenzuschläge auf das äußerste zu reduzieren. Leider sind viele Betriebsleiter heute noch in dem Wahn befangen, daß die Reduktion der Selbstkosten bei den Löhnen anzufangen habe. Wenn man mit der Konkurrenz nicht Schritt halten kann, wenn ein Gegenstand zu teuer ausfällt, flugs werden die Akkordpreise gedrückt oder die Stundenlöhne reduziert. Das ist sehr gefährliche Politik; dadurch verbittert man unnötigerweise seine unentbehrlichsten Helfer, abgesehen davon, daß eine solche Maßregel, weil ungerechtfertigt, auch widersinnig ist. Die konkurrenzfähigsten Länder sind heute nicht diejenigen, wo die niedrigsten, sondern diejenigen, wo die höchsten Löhne bezahlt werden, England und Amerika. Dagegen ist dort der Verwaltungsapparat auf ein Minimum reduziert, die Spezenzuschläge sind daher gering, und das macht, neben dem stark ausgebildeten „Maschinismus“, die Stärke jener Länder aus. An den Spezen kann gespart werden, ohne daß jemand weh getan wird, und das geschieht am besten durch eine gut durchdachte straffe Organisation, durch die, unter Vermeidung unnötiger Nebenarbeiten, der beachtlichste Zweck, fortgesetzte regelmäßige Beschäftigung der Werkstatt, auf dem direktesten Wege erreicht wird.“ Namentlich großen Betrieben wirt Erlacher unnötige Verwaltungsausgaben vor. Es habe sich in ihnen eine Art Bürokratie gebildet, die sich gewissermaßen als Selbstzweck betrachte. „Organisation“ — meint aber mit Recht der Verfasser — „ist das Gegenteil von Bürokratie, denn die letztere betrachtet die Fabrik als Mittel zu ihrer Beschäftigung. Bürokratie bedeutet ein Maximum von unproduktiver Arbeit gegenüber einem Minimum an produktiver, also geringsten Wirkungsgrad. Bürokratie ist nur möglich, wo zielbewusste Organisation fehlt. Die eine schließt die andere aus. In dieser Beziehung haben kleinere Geschäfte einen Vorzug vor großen, und deshalb werden die Prozentsätze der Spezen im allgemeinen bei kleineren Geschäften nicht höher sein, als bei großen.“ Als ein Mittel, an den Spezen zu sparen, gibt Erlacher auch die Verkürzung der Arbeitszeit an, und zwar die Verkürzung des Arbeitstages auf — acht Stunden. „Als ein vorzügliches Mittel, gewisse Spezen zu reduzieren, betrachte ich die Beschränkung des Lohnlages auf acht Stunden, entsprechend der Forderung der organisierten Arbeitererschaft. Nicht nur werden dadurch die Kosten der Antriebskraft reduziert, sondern auch diejenigen für Beleuchtung und Heizung. Das sind im allgemeinen Kosten, die ins Gewicht fallen. Dem Bureaupersonal hat man diese Wohlthat — denn das ist sie nebenbei auch — schon lange eingeräumt, und zwar ohne Reduktion des Gehalts. Man hat also wohl die Erfahrung gemacht, daß dessen Arbeitsleistung nicht abgenommen hat.“ Das gleiche gilt aber auch von den Arbeitern. Man sieht aus diesen kurzen Zitaten aus Erlachers „Briefen“, daß das Gebieten eines großen Fabrikbetriebes durch die berechtigten Forderungen der Arbeiterorganisationen nicht nur nicht gefährdet, sondern bis zu einem gewissen Grade geradezu gefördert wird. Wir glauben nun allerdings nicht, daß die Ausführungen Erlachers viel Anfall in Fabrikantenzirkeln finden werden; aber darum sind sie nicht minder wertvoll für die Arbeiter, die gegenüber der Behauptung der Arbeitgeber, die Arbeiter wollten mit ihren Forderungen die deutsche Industrie ruinieren, auf die Erfahrungen und Beobachtungen eines Mannes wie Erlacher hinweisen können, nach denen gerade umgekehrt in Lohnerrhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen der wirksamste Hebel wirtschaftlichen Fortschritts sowohl für die Produktion eines Landes im allgemeinen, als auch bis zu einem gewissen Grade für den einzelnen Betrieb zu erblicken ist.

Berichte der Agitationskommissionen.

Agitationsbezirk Thüringen.

Kollegen! Die Reichstagswahlkampagne, während der die Agitation nur lau betrieben werden konnte, ist vorüber und mit frischen Kräften muß nun allerorts in die Agitation für unsere Vereinigung eingetreten werden. In unserem schönen Thüringen, wo bekanntlich die miserabelsten Verhältnisse in unserem Berufe vorherrschen, steht uns in Zukunft ein tüchtiges Stück Arbeit bevor; vor allem gilt es die vorhandenen Mitglieder mehr an die Organisation zu fesseln und neue zu werben. Die Beschlüsse der letzten Generalversammlung bedürfen ebenfalls noch der weitesten Verbreitung, damit jeder Kollege mit denselben bekannt und von der Zweckmäßigkeit derselben überzeugt wird. Die neugewählte Agitationskommission wird es sich zu ihrer ersten Pflicht machen, in diesem Sinne vorerst zu wirken; sie rechnet natürlich auf die Unterstützung aller Kollegen, speziell der Filialverwaltungen, denn nur durch ein gemeinsames Hand in Hand arbeiten können positive Resultate erzielt werden.

Kollegen! Tue jeder seine volle Pflicht und Schulpflicht, agitiere jeder einzelne in seiner Werkstatt, Fabrik, auf den Baustellen usw. für unsere Organisation, dann müssen die Verhältnisse auch in Thüringen sich bessern und dann wird unser Agitationsbezirk ein solcher werden, der sich würdig den übrigen unserer Vereinigung zur Seite stellen kann.

Kollegen! Frisch ans Werk, vorwärts zu neuer, tatkräftiger Arbeit.

Mit kollegialischem Gruß

Die Agitationskommission für Thüringen.

J. A.: Ernst Mehrhorn.

NB. In der am 31. Juli stattgefundenen Mitgliederversammlung der Filiale Weimar wurden die Kollegen Albert Bomm und Paul Vogt in die Agitationskommission gewählt, die nun sofort ihre Tätigkeit beginnt. Wir eruchen deshalb alle Vertrauensleute, sowie alle sonstigen Kollegen, Verbänden, Anfragen, Mitteilungen usw. nur an die Adresse des Mannes der Thüringer Agitationskommission, Kollegen Ernst Mehrhorn, Weimar, Mittelstedterstr. 28 II., zu richten.

Die Agitationskommission für Thüringen.

Albert Bomm. Ernst Mehrhorn. Paul Vogt.

Abrechnung vom Provinzialtag für Thüringen,

abgehalten am 19. Juli in Erfurt.

An Däten wurden vom Provinzialtag 4 A und Fahrgeld 3. Klasse bewilligt. Die Kosten werden laut Statut prozentual auf die Mitglieder der Filialen verteilt. Es waren vertreten und haben erhalten:

Ort	Däten	Fahrgeld	Mitgliederzahl
Erfurt	4 A	— A	70
Weimar	4 "	1.30 "	27
Jena	4 "	2.70 "	75
Gera	4 "	5.40 "	37
Böhmstedt	4 "	6.60 "	17
Gotha	4 "	1.80 "	16
Mühlhausen i. Th.	4 "	3.60 "	24
Koburg (2 Tage)	8 "	9.00 "	44
Sonneberg (2 T.)	8 "	10.00 "	11
Eisenach	4 "	3.60 "	16
Friedrichroda	4 "	3.00 "	20
Ilmenau	4 "	3.00 "	15
Summa 56.	— A	50.00 A	372

Nach dieser Berechnung hat jede Filiale pro Kopf 29 A zu zahlen und nach Abzug der eigenen Delegationskosten an die Agitationskommission einzuzahlen.

Ort	Mitgl.	20.30 A an d. Agit.-St.	16.30 A	2.53 A
Erfurt	70	—	—	—
Weimar	27	—	—	—
Jena	75	—	—	—
Gera	37	—	—	—
Böhmstedt	17	—	—	—
Gotha	16	—	—	—
Mühlhausen	24	—	—	—
Koburg	44	—	—	—
Sonneberg	11	—	—	—
Eisenach	16	—	—	—
Friedrichroda	20	—	—	—
Ilmenau	15	—	—	—

Ich ersuche die Bevollmächtigten der Filialen, die Gelder an die Agitationskommission abzuführen haben, dafür Sorge zu tragen, daß dies so schnell als möglich geschieht, damit ich den übrigen Filialen das Geld zustellen kann.

Mit kollegialischem Gruß

Die Agitationskommission für Thüringen.

Ernst Mehrhorn, Weimar, Mittelstedterstr. 28 II.

Provinz Sachsen, Halle. Nach dem einstimmigen Beschlusse vom Provinzialtag in Dessau, der Hausagitation und der Eintassierung der Beiträge mehr Aufmerksamkeit zu schenken, sind die Erträge da, wo dieses betrieben, nicht ausgeblieben. In Schönebeck und Groß-Salza machte es sich notwendig, durch die zugereisten fremden, nicht organisierten Kollegen, einen Referenten nach dort zu entsenden, um dieselben zur Organisation zu ziehen. Mehrere Renaufnahmen kamen zustande. Von 41 am Ort arbeitenden Kollegen sind jetzt 36 organisiert. Auch Halberstadt und Bernigerode nahmen die Agitationskommission in Anspruch. Es fand je eine gut besuchte Versammlung statt, wobei in Halberstadt von 80 Kollegen 52 organisiert sind. In Bernigerode, wo die Halberstädter Kollegen noch rege Hausagitation betrieben haben, war der Mitgliederbestand auf 34 gekommen und beträgt jetzt noch 28. Die Filiale Peitz hat den Mitgliederbestand nach dem letzten Streik noch nicht wieder auf die alte Höhe bringen können. Es macht sich aber in letzter Zeit eine Stärkung der Organisation wieder bemerkbar. In Quedlinburg, wo durch Mißstände, wie Sonntag- und Feierabendarbeit es nicht möglich war, eine Versammlung abzuhalten, trotz Bekanntmachung und mündlicher Einladung, mußten die Kollegen nochmals in der Wohnung aufgesucht werden. Genau so liegen die Verhältnisse in Blankenburg. Doch gelang es unseren Kollegen auch hier, durch Hausagitation verschiedene Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Ferner wurden Versammlungen in Naumburg und Dessau abgehalten, wodurch ganz gute Erfolge erzielt worden sind. Seitens der Naumburger Kollegen ist mit den Kollegen in Bad Kösen eine Verbindung angebahnt. Mit Hilfe des Gewerkschaftsvereins Peitz und der Dessauer Kollegen wurde in Peitz eine Bahnhofsstelle gegründet, der 7 Kollegen angehören, auch in Ballenstedt wurde von den Quedlinburger Kollegen eine Bahnhofsstelle gegründet. In den Bahnhöfen Wittenberg und Wierseburg,

welche in den letzten Jahren nur mit etlichen Kollegen agitierten, sind wieder erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen. Ein Auszug der Halle'schen Kollegen nach Merseburg und eine dazwischen stattgefundene Versammlung brachte der Vereinigung verschiedene neue Mitglieder. Von den übrigen Filialen und Bahnhöfen ist an uns keine Anforderung gestellt worden, doch aus den statistischen Berichten der Vorsitzenden ist zu ersehen, daß wir überall gesunde Fortschritte gemacht haben. Wir können nun immer wieder erklären, daß unermüdete Hausagitation gute Früchte zeitigt.

Leipzig. Anfang dieses Jahres gattierten wir in denjenigen Ortschaften, wo bisher wenig erreicht war. In Eisenburg ist eine schlechte Gewerkschaftsstruktur, jedoch nur 8 Kollegen beschäftigt waren. Eben so viele Kollegen sind vorhanden, welche zum Teil keine Gehilfen beschäftigen. In Schöbel existieren viele Kleinmeister, bei denen bis Ende März, wo wir da waren, sehr wenige Kollegen in Arbeit standen. Grimma haben wir wieder besonders im Auge gehabt, um denselbst wieder Aufzug zu lassen. Es sind gegenwärtig 50 Kollegen am Orte beschäftigt. Wir versuchten bei einer gemeinschaftlichen Besprechung, wo ein großer Teil der Kollegen anwesend war, denselben Zweck und Nutzen der Organisation klar zu legen. Der Erfolg blieb nicht aus; wir machten 15 Renaufnahmen, darunter die besten Kräfte. Wir hoffen, daß die übrigen Kollegen deshalb bald nachfolgen. Der am Ort bestehende Altkammern-Verein scheint seinem Ende entgegen zu gehen, was für uns zum Nutzen wäre. An die Wanzener Kollegen sind wir ebenfalls herangetreten, um sie in ihrer Organisation weiter zu bringen, aber bis jetzt mit wenig Erfolg. Zu einer gemeinschaftlichen Besprechung sind sie nicht zusammen gekommen. Es herrscht eine ziemliche Abneigung unter den Kollegen. Auch nach Harzberg und Markranstädt richteten wir unsere Schritte, ohne bis jetzt einen Erfolg zu erzielen.

Lobbewegung.

Buzug nach Kassel ist fernzuhalten.

Die Zahl der ausgesperrten Kollegen in Kassel beträgt 310. Ein Teil derselben organisierten Kollegen, welche den Hebers unterschrieben haben, haben sich wieder in die Kontrolllisten einschreiben lassen.

In Hagen i. W. wurde über die Werkstelle Stradtman die Sperre verhängt. Kollege Umbach, welcher in dieser Werkstelle arbeitete, besief eine Versammlung ein. Der überwachende Beamte machte hierüber dem Arbeitgeber Mitteilung, worauf dieser den U. entließ. Da diese Entlassung als eine Maßregelung angesehen wurde und St. davon nicht abgehen wollte, erklärten noch 3 Kollegen, unter diesen Verhältnissen nicht weiter zu arbeiten und reisten ab.

In Thorn wurde über die Werkstelle Knopf die Sperre verhängt, weil Herr Knopf die bei ihm arbeitenden fünf Kollegen nicht anständig behandelt. Die übrigen Meister versuchten nun, ihrem bedrängten Kollegen durch „Lehweises Ueberlassen“ ihrer Gehilfen beizuhelfen, jedoch ließ sich kein einziger Gehilfe zu solchen Diensten gebrauchen. Da nahm nach zwei Tagen bei Herrn Knopf die bessere Einsicht überhand, er zahlte drei Kollegen den richtigen Betrag aus und ersuchte den Filialvorstand um Aufhebung der Sperre mit der Versicherung, die Gehilfen fortan anständig behandeln zu wollen. Darauf erfolgte die Aufhebung der Sperre.

Aus unserem Berufe.

Verunglückte. Reustadt a. S. Am 25. Juli vormittag 8½ Uhr ereignete sich hier ein schwerer Unfall am Hause des Kohlenhändlers und Wirtes Böhm (alter Viehmarkt). Der Tüchermeister B. Kerber wollte das zweistöckige Haus einrücken mit seinem 12jährigen (?) Sohn und unserem Kollegen Carl Stang. Als das Gerüst bereits aufgestellt war und Stang es besichtigen wollte, gab plötzlich alles nach, das Gerüst stürzte um, Stang, der auf der obersten Etage war, fiel 7 Meter hoch auf die Straße und zog sich dabei einen Schädelbruch sowie innere Verletzungen zu. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Der Meister mit seinem Sohn kam mit einigen Abschürfungen davon. Stang wurde bewußtlos nach Hause transportiert. Der Meister schaffte dann das Gerüst besetzt und legte sich vor Schreck ins Bett. Wäre das Gerüst vorschriftsmäßig gebaut worden, der Unfall wäre nicht passiert. Es ist ein Wunder, daß nicht noch mehr Unglücksfälle hier vorkommen, denn solche schlechte Gerüste, wie sie hier hauptsächlich von den Gipfern gebaut werden, spotten jeder Beschreibung.

Die Lage der Tücher in Wamburg läßt recht viel zu wünschen übrig und mehrmals schon haben wir die dazwischen bestehenden Zustände charakterisiert. Es ist an eine Veränderung auch solange nicht zu denken, bis die Mehrzahl der Kollegen die Notwendigkeit einer starken Organisation einsieht und durchgeföhrt. Jede Zersplitterung ist von Uebel, gleichwie die Laubst und Gleichgültigkeit die verderblichsten Folgeerscheinungen zeitigen. Das müssen die Wamburger Tücher ebenso beachten, wie anderwärts die Arbeiter, wenn es vorwärts gehen soll. Aber anscheinend hat es damit noch gute Wege, denn während diese selben für ihre Berufsorganisation nichts übrig haben, opfern sie dagegen 68 A für eine Fabne. Ein Beweis, wie in dieser Gegend noch agitiert werden muß, um der Aufklärung Bahn zu brechen.

Neu i. B. (Situationsbericht.) Durch Bemühung der Kollegen Uhlig und Müller aus Chemnitz wurde am 22. Juni 1902 die hiesige Bahnhofsstelle mit 11 Mitgliedern gegründet. Im Laufe der Zeit waren 52 Kollegen organisiert, wovon 10 wieder ausgetreten und 4 abgereist sind, so daß hier jetzt 38 Kollegen dem Verbands angehören. Durch Agitation der Kollegen Schwab und Gerber ist es gelungen, in Schwarzenberg Fuß zu fassen und zehn Mann der Organisation zuzuföhren. Versammlungen haben 13 stattgefunden. Am 10. Mai hatten wir eine solche in Schwarzenberg abgehalten, damit wir mit den dortigen Kollegen besser Föhlung bekamen. In derselben erstattete Kollege Weise aus Chemnitz seinen Bericht über die Generalversammlung und erklärten sich sämtliche Anwesenden einverstanden mit den Beschlüssen derselben. Der Sommerbeitrag wurde auf 40 A festgesetzt. In der Versammlung vom 4. Juni hielt Kollege Ullmann einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „die niedrigsten Löhne in Sachsen“. Zur Feier der Gründung wurde am 28. Juni ein Ausflug nach dem Spiegelwald unternommen, begünstigt vom schönsten Wetter. Da nun am hiesigen Orte eine Zwangsinnung der Maler in Kraft getreten ist, hatten wir uns auch mit der Gesellenausföhrgewahl zu beschäftigen;

dieselbe ist denn auch zu unseren Gunsten ausgefallen. Von den sechs gewählten Kollegen gehören vier dem Verbands an. Zum Altgeleit wurde Kollege Lohrer gewählt. Im Winter wurde die Errichtung einer Bibliothek beschlossen und umfasst dieselbe bis jetzt 56 Bücher und Broschüren. Auf Grund einer aufgezogenen Statistik wurde folgendes festgestellt: In Schwarzenberg sind 11 Gehilfen und 5 Anstreicher beschäftigt. Die Löhne sind für Gehilfen: 6: 30 S., 1: 32 S., 1: 33 S., 1: 35 S., 2: 37 S.; Anstreicher: 1: 24 S., 1: 25 S., 1: 26 S., 1: 28 S., 1: 30 S. pro Stunde. Die Arbeitszeit beträgt 12 Stunden. In Aue sind 28 Gehilfen und 4 Anstreicher beschäftigt. Hier sind die Löhne folgende: 5: 28 S., 2: 30 S., 2: 32 S., 1: 34 S., 5: 35 S., 1: 36 S., 2: 37 S., 1: 38 S., 1: 40 S. pro Stunde. Die Arbeitszeit beträgt auch 12 Stunden. Von Kollegen, die in Maschinenfabriken beschäftigt sind, gehören 3 der Vereinigung an. Im Nachbarort Lauter gehören ebenfalls 2 Kollegen zu uns, hoffen aber, daß wir mit der Zeit noch einige erhalten können. Aus dieser kleinen Statistik kann man ersehen, daß in dieser Gegend die Organisation noch ein wichtiges Feld zum Bearbeiten vor sich hat, namentlich was die Dauer der Arbeitszeit anbelangt. Wichtig ist aber vor allen Dingen, daß sich die Kollegen recht zusammen schließen und eingebend sind, daß wir alle als Glieder einer Kette angehören. Unter denen, welche wieder ausgeschieden sind, befinden sich einige, die es nicht mehr nötig haben, mit uns zu marchieren. Sie danken sich schon etwas Besseres und sagen, für sie hätte der Verband keinen Zweck. Vielleicht kommen sie später noch einmal in die Lage, daß sie es bereuen werden, nicht mehr zu uns zu gehören. Eins möchte ich den Kollegen noch ans Herz legen, stets recht zahlreich die Versammlungen zu besuchen, denn dadurch wird am Besten der Zusammenhalt gewahrt. So wollen wir denn mit froher Zuversicht das zweite Jahr beginnen und hoffen, daß es uns keine Enttäuschungen bringt. Möge jeder Kollege dazu beitragen, daß unsere Zahlstelle immer stärker werde.

Magdeburg. (Situationsbericht.) Wir hoffen dieses Jahr unseren Kollegen ein günstigeres Bild von hier geben zu können, als wie es uns jetzt möglich ist, die Schuld tragen aber allein die Kollegen Magdeburgs selber und niemand anders, denn wenn auch jetzt eine kleine Verbesserung eingetreten ist, so sind es doch immer noch hauptsächlich die alten, in den großen Werkstätten arbeitenden Kollegen, speziell aus den Werkstätten von Königs Nachfolger, Schneeforge, Siebm, Siebert, Anhalt, Kaste und Matthias, u. a. die sich auch jetzt noch um nichts kümmern, trotzdem von der Organisation seit 1893 in ununterbrochener Weise geschäftigt wurde und bedeutende Erfolge aufzuweisen sind. Waren wir 1899 sowie 1900 schon wie jetzt 250 Mitglieder gewesen, so waren 50 S. Stundenlohn jetzt schon in Geltung anstatt 36, 38, 40 und 42 S., höchstens 45 S. (1899/1900 wurden noch 28, 33, 36 bis höchstens 40 S. Stundenlohn bezahlt). Doch nun zu unserer Innung. 1899 wurde von der damaligen noch schwachen Zentrale, welche 50-80 Kollegen im Sommer zählt der Versuch gemacht, einen Lohnarif einzuführen und wurde am Schluß des Jahres 1899 der damaligen Innung eine Anfrage zugeandt, ob sie gewillt wäre, mit uns zu unterhandeln. Dies wurde zustimmend beantwortet und wir hegen die Hoffnung, daß wir mit der Innung in Güte einigermassen Ordnung und eine Tarifgemeinschaft erzielen würden. Das Resultat nach langen Verhandlungen war aber gleich Null; der vereinbarte Lohn von 45 S. die Stunde wurde nicht umgesetzt, auch hielten es die Kollegen nicht der Mühe wert, sich zu organisieren. Ebenso scheiterte der Versuch der Zentrale 1902, die neunstündige Arbeitszeit und 50 S. Minimallohn einzuführen, nachdem die Innung dieselben rundweg abgelehnt, an der Laibheit der Kollegen. Organisiert waren 1902 im März 150-160 Kollegen. Durch das Verhalten der Gehilfenchaft ermutigt, legte die Innung am Schluß des Jahres 1902 der Gehilfenchaft eine ausgearbeitete Werkstatt-Ordnung vor, welche sich nicht lohnt, hier wiedergegeben zu werden. Dieselbe gab aber Anlaß dazu, als Gegenforderung unsern Lohnarif wieder der Innung vorzulegen und haben wir erreicht, daß die Werkstattordnung abgelehnt und der Gehilfenchaftsbeschäftigung übertragen wurde, mit der Innung zu unterhandeln. Den ermäßigten Lohnarif erkannte der Innungsvorstand an, 38 und 35 S. Minimallohn die Stunde, aber die Innungsversammlung lehnte denselben ab und erklärte, unter keinen Umständen einen Minimallohn zu bezahlen, da ein solcher den Mut des Gewerbes herbeiführen würde. Sancta simplicitas! d. H. Wir haben nun von einer Durchführung unsern Lohnarif vorläufig abgesehen und es beschloß eine Versammlung, es dem Vorstand der Zentrale zu überlassen, zur gegebenen Zeit der Innung den Lohnarif wieder zu unterbreiten. Kollegen Magdeburgs, sorgt bis dahin, daß auch der letzte Kollege organisiert werde, damit auch von Magdeburg einmal etwas Günstiges gemeldet werden kann und unsere Verhältnisse sich so gestalten, wie es für Menschen erforderlich ist!

Menselwitz. (Situationsbericht.) Die hiesige Zahlstelle schreitet beständig vorwärts. Gaben wir im vorigen Jahre eine Lohnarhöhung von 2 S. pro Stunde erlangt, so wurde auch dieses Jahr wieder eine Erhöhung von 2 S. pro Stunde erreicht und gleichzeitig die Arbeitszeit um eine halbe Stunde gekürzt, welche nun 10 1/2 resp. 10 Stunden beträgt. Löhne werden gezahlt von 35-41 S. pro Stunde. Da sämtliche am Orte beschäftigten Kollegen organisiert sind, wurde beschloffen, die Zahlstelle in eine Zentrale umzuwandeln, um besser arbeiten zu können, denn auch hier gibt es noch verschiedene Mängel, welche beseitigt werden müssen. Somit sind wir in ein neues Stadium übergetreten und sind gewillt, jederzeit unsere volle Pflicht zu erfüllen. Dem hiesigen Gewerkschaftskartell sind wir auch jetzt angegliedert.

Versammlungs-Berichte.

Hannover II. Die am 25. Juli stattgefundene Versammlung beschäftigte sich mit der Aussperrung zweier Kollegen von der Firma Louis Springmann. Nähere Untersuchung hat ergeben, daß der erste Lachner resp. Arbeiter die Hauptperson in dieser Sache ist, und um so bewacherlicher ist es, daß gerade dieser die Lachner-Zentrale mit gegründet hat; doch äußerte er sich später: der Verband hat keinen Zweck. Als vorigen Herbst eine Lohnreduzierung in dieser Werkstatt vorgenommen wurde, fand sich dieser Herr Kollege wieder ein. Es gelang uns aber, vereint mit den noch in Frage kommenden Gewerkschaften die Löhne wieder zu regeln. Doch jetzt war dem Herrn Arbeiter geholfen und er brauchte keinen Verband mehr und die nun der Organisation treu geblieben, wurden auf sein Verlangen entlassen. Wörtlich erklärte er: „Ich beschäftige keinen Verbandsbruder wieder.“ Die beiden entlassenen Lachner arbeiten bereits wieder. Der noch jetzt dort arbeitende Kollege Schöne hat nach § 7 Abs. e ausgeschlossen

werden müssen, es war dem Arbeiter Schlieper sein Helfershelfer. Hieran schloß sich der Startellbericht über die Aussperrung der Bauarbeiter Hannover und Linden und das bevorstehende Gewerkschaftsfest. Den Schluß bildete die Besprechung der Verhältnisseverhältnisse.

Hörschenbroda. Am 26. Juli fand unsere zweite diesjährige öffentliche Versammlung statt. Ueber die Verhältnisse unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Krise referierte Genosse Klein in ansehnlicher Weise. Ueber den Dresdener Lohnarif in den Werkstätten der Köpfig erstattete Kollege Streine Bericht. Da in Dresden der Tarif allenthalben durchgeführt sei, so hätten auch die Köpfiger Kollegen die Pflicht, den Dresdener Lohnarif zu verlangen, denn die Verhältnisse seien doch die gleichen. Leider gibt es noch immer einzelne Meister, die ihn nicht anerkennen; sie berufen sich darauf, daß sie nicht Innungsmeister sind. So wird bei der Firma Leichter noch zehn Stunden gearbeitet; Schädert hat zwar die Arbeitszeit verkürzt, zahlt aber nicht den Minimallohn. Sehr traurig sieht es noch bei Henze & Friedrich aus. Da gibt es Kollegen, die bis abends 8 Uhr arbeiten. Große Enttäuschung entstand über das schlechte Verhalten der Kollegen Schulze und Schimmel. Auch möchten wir Herrn Henze bitten, sich eines besseren Umganges mit seinen Leuten zu befleißigen. Herr Red. zahlt Löhne von 30 bis 40 S. Unter „Gewerkschaftliche“ ermahnte Kollege Streine, in allen Lohn- und Streitfragen sich an das neuerrichtete Gewerkschaftsbureau der Arbeiter zu wenden. Dieses befindet sich im Hofhaus in Dresden; auch werde dort Rechtschick gewährt. Kollege Stang kritisierte noch das von verschiedenen Kollegen betriebene nach Feierabend-Pflichten. Sollten die Kollegen es nicht bald unterlassen, dann werden ihre Namen in der nächsten Versammlung bekannt gegeben.

München II. Aus dem Bericht der am 11. Juli stattgefundenen Generalversammlung ist zu entnehmen, daß die Zentrale sich im letzten Jahre wieder etwas gehoben hat. Abgehalten wurden 34 Versammlungen, 1 öffentliche und 4 Werkstattversammlungen, die von Erfolg waren. Dem Kaiserer wurde Bedanke erteilt. Der Berichterstatter der Tarifkommission gibt bekannt, daß die Lachnermeister es abgelehnt hätten, mit den Gehilfen eine Tarifvereinbarung zu treffen. Auf eine beim Magistrat eingereichte Beschwerde sei noch keine Antwort zurückgekommen. Nachdem auch die übrigen Berichte erstattet waren, erfolgte die Neuwahl, aus der die bisherigen Vorstandsmitglieder wieder hervorgingen. Ein Antrag, die Generalversammlungen im Januar abzuhalten und den Vorstandsmitgliedern eine Entschädigung zu gewähren, wurde angenommen. Für Ausschluß und Gewerkschaftsleistungen wird dafür nichts mehr veräußert. Mit dem Appell, die Agitation tatkräftig zu befördern, schloß Kollege Holzappel die Versammlung.

In Rauen fand am 19. Juli eine Versammlung statt, zu der fast alle hier arbeitenden Kollegen erschienen waren, auch von Spandau hatten sich Kollegen eingefunden. Kollege Mich-Nixdorf beleuchtete in treffender Weise die Gegenläge zwischen Kapital und Arbeit, dabei die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter darlegend. Es wurde darauf zur Neuwahl eines Vertrauensmannes geschritten. Gewählt wurde einstimmig Kollege Eduard Hahn, Rauen, Mittelstr. 6. Hiernach folgte die Regelung von internen Angelegenheiten, wobei sich noch einige Kollegen aufnehmen ließen.

Nach Wald bei Solingen war Zweck Gründung einer Zahlstelle am 4. Juli eine öffentl. Versammlung einberufen in der Genosse Schaaf-Solingen über die Notwendigkeit der Organisation beifällig referierte, worauf sich fünf Kollegen aufnehmen ließen, so daß mit zehn Mitgliedern die Zahlstelle gegründet werden konnte. Die erste Mitgliederversammlung war auf den 14. Juli festgesetzt, während in der öffentlichen Versammlung die Kollegen nicht zur Diskussion zu bewegen waren, herrschte hier durchweg eine lebhaft Debatte. Es wurden eine Menge Mängelstände aufgedeckt; diese alle aufzuführen, würde viel zu weit führen. So holt sich Anstreicher Späth seine Gehilfen von Elbersfeld und verpflichtet ihnen 45 S.; am Samstag bezahlt er 40 und 42 Pfennig und bringt das für die Gehilfen ausgelegte Fahrgehalt noch in Abzug. Die zehn Stunden, die er bezahlt, geben von morgens 7 Uhr bis abends, wenn es dunkel ist. Die Kollegen sind bei ihm in Logis und da wird gearbeitet, bis das Essen fertig ist. Also hier muß gründliche Remedur geschaffen werden, denn bis abends 9 Uhr sieht man noch Kollegen an den Giebeln herumklettern. Wir hoffen, daß wir nächstes Frühjahr vereint unsere berechtigten Forderungen aufstellen und auch vertreten können.

Am 19. Juli fand in Weihenfels eine öffentliche Versammlung statt. Die Kollegen von Halle hatten die Einberufung derselben veranlaßt, da hier von circa 50 Kollegen am Orte nur 11 organisiert sind. Anwesend waren von Halle 18 Kollegen, auch von Reiz und Raumburg waren Kollegen anwesend, doch so manche der Weihenfelser Kollegen fehlten. In seinem Referate legte Kollege Henn die Notwendigkeit, den Zweck sowie die Vorteile der Organisation klar und wies darauf hin, daß es eines jeden Kollegen Pflicht sei, der Organisation beizutreten. Er forderte die anwesenden Kollegen, die noch nicht der Vereinigung angehörten, auf, derselben beizutreten. Sieben derselben ließen sich aufnehmen. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen ermahnte, an der Organisation festzuhalten und nun fleißig mitzuarbeiten, wurde die Versammlung geschlossen.

Weißwasser. Nachdem von Seiten der Zentrale Notbus die nötigen Schritte unternommen waren, gelang es uns am Sonntag den 26. Juli, hier am Orte eine Besprechung unter den Kollegen abzuhalten. Hierzu übernahm Kollege Mich-Nixdorf das Referat und führte den anwesenden Kollegen Zweck, Ziel und Nutzen unserer Vereinigung in gemeinverständlicher Weise vor Augen, was allgemeinen Beifall fand. Nachdem noch der Vorsitzende der Zentrale Notbus den anwesenden Kollegen die Gestaltung und Aufgabe einer Zahlstelle erläutert hatte, ließen sich so gleich 11 von den 18 anwesenden Kollegen in den Verband aufnehmen. Zur Leitung der örtlichen Verwaltung wurde Kollege Otto als Vertrauensmann gewählt und hierauf die Besprechung geschlossen mit dem Wunsch, daß die neu gegründete Zahlstelle ein brauchbares Glied unserer großen Seite werden möge.

Gewerkschaftliches und Soziales.

— Die Aussperrung der Bauarbeiter in Hannover ist zu Gunsten der Arbeiter beendet.

— Die vergangene Woche in Würzburg abgehaltene Generalversammlung der Zentral-Franken- und Sterbepflege der Tischler beschloß mit 47 gegen 22 Stimmen diese in eine Pflanzklasse umzuwandeln.

— Von den Folgen der Klebergiftung wird uns aus Berlin berichtet, daß daselbst der in der Gerichtstraße wohnende 42 Jahre alte Rohrleger H.

stuhn durch Klebergiftung lahmgelegt worden ist. Er hatte bei seinen Arbeiten viel mit Kleber zu tun und zog sich dadurch eine Vergiftung zu. Am 21. Juli kam er in ärztliche Behandlung, am 23. Jung er an zu toben, jedoch er in eine Anstalt gebracht werden mußte. Schon eine Stunde nach der Aufnahme starb er im Krankenhaus.

— Als Redakteur der „Messe“ vom Porzellanarbeiterverband wurde Hr. Biehl-Baakelb gewählt. Der bisherige Redakteur Zahn, der seit 11 Jahren diesen Posten innehatte, sah sich durch unliebsame Vorlesungen im Vorstande veranlaßt, seine Stellung zu kündigen. Die ganze Angelegenheit hinterläßt keinen angenehmen Eindruck, wenn man in Betracht zieht, daß die Differenzpunkte persönlicher Natur sind und ohne große Schwierigkeiten hätten beseitigt werden können. Die Stellungnahme verschiedener Zahlstellen läßt am deutlichsten nichts zu wünschen übrig.

— Ein Arbeiterverband für das Baugewerbe in Breslau hat sich auch hier gebildet. Angehört haben sich die Arbeitgeber nachstehender Gewerbe: Maurer, Zimmerer, Tischler, Maler, Tischler, Schlosser, Steinbauer, Glaser, Klempner, Töpfer und die Tapeziere.

— Statistik der Arbeitslosigkeit. In Nr. 4 des Reichsarbeitsblattes wird zum erstenmale eine Statistik der Arbeitslosigkeit auf Grund einer in den deutschen Fachverbänden veranlaßten Erhebung. Bisher haben sich daran 42 Verbände bzw. Gewerkschaften beteiligt und zwar 23 gewerkschaftliche Verbände, 17 kirchlich-Dauerliche Gewerkschaften, ferner der Verband der katholischen Arbeitervereine und der Deutsche Photographengehilfenverband. Außer diesen 42 Verbänden ist das statistische Statistische Amt noch wegen einer gleichen Uebersicht mit den außerhalb der genannten Vereinigungen stehenden semiautarken Verbänden, die Stellenlosenunterstützung zahlen, in Verbindung getreten. Die Verhandlungen schweben noch. Ferner haben ihre Beteiligung zugesagt der Deutsche Photographenverband und der Verband der Maschinisten und Seiler.

Im Ganzen umfassen die bei der bisherigen Aufstellung beteiligten Organisationen 213.962 Personen gegen 5.445.759, die nach der Berufsstatistik auf Grund einer in den entsprechenden Berufen als Arbeiter erwerbstätig waren. Das sind also im Ganzen etwa 3,9 Prozent. Da die Zahl der Erwerbstätigen seit 1895 mit der steigenden Bevölkerung gestiegen ist, so ist der wirkliche Prozentsatz natürlich ein geringerer. Die Statistik kann schon aus diesem Grunde nicht annähernd ein unvoreiliges Bild vom Umfang der Arbeitslosigkeit bieten. Immerhin zeigt sie wesentliche Symptome zur Beurteilung des Problems der ungewilltig feiernden Hände.

Die Unterstüßungen am Ort betragen im zweiten Quartal 1903 in allen Verbänden zusammen 259.753 M 77 S., die auf insgesamt 174.362 1/2 Tage entfielen. Bei dieser Summe sind noch einige nicht ausbezahlte, sondern auf die Beitragszahlung verrechnete Beiträge mitgerechnet, die lediglich auf die kirchlich-Dauerlichen entfallen, bei denen die Beitragspflicht im Prinzip auch während der Arbeitslosigkeit besteht und die Beiträge von den Arbeitslosen-Unterstützungen abgezogen werden. Die männlichen Mitglieder sind an den Unterstüßungen erheblich mehr beteiligt, als die weiblichen, und zwar mit 258.414 M 72 S. gegen 1339 M 5 S. Die durchschnittliche Arbeitslosenunterstützung beträgt also nicht ganz 1 M 49 S. pro Tag.

Wenn demnach die Gewerkschaften in vielen Fällen in der Lage sind, wenigstens von den organisierten Arbeitern die äußerste Not fernzuhalten, so beweist doch der Umfang der Arbeitslosigkeit aufs neue die Notwendigkeit der gesetzlichen Besserung der Arbeitszeit, der staatlichen Arbeitslosenversicherung und der Aufhebung aller Beschränkungen des Koalitionsrechts.

Die Erhebung dieser Statistiken soll nunmehr vierteljährlich erfolgen und im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht werden.

Arbeiterversicherung.

Ueber den Umfang der Krankenversicherung im Jahre 1901 bringt jetzt das Vierteljahrsheft zur Reichsstatistik nähere Angaben. Danach waren im Jahre 1901 23.064 Krankenkassen vorhanden, 43 mehr als im Jahre zuvor. Die Zahl der Mitglieder betrug im Durchschnitt des Jahres 9.641.742, das heißt 121.000 mehr als im Jahre 1900. Die Zahl der Erkrankungsfälle mit Erwerbsunfähigkeit betrug 3.617.022, also auf Mitglied 0,39, die Krankheitskosten 163,3 Millionen Mark oder 1,5 Millionen Mark mehr als im Jahre 1900. Die Krankheitskosten für ein Mitglied stiegen innerhalb des Jahres von 16,58 auf 16,94 Mark. Das Vermögen der Krankenkassen stieg innerhalb Jahresfrist von 156 auf 163 Millionen Mark. Der Zuwachs an Mitgliedern beträgt gegen das Vorjahr nur 120.000. Das Wachstum kommt hauptsächlich auf die Ortskrankenkassen mit 80.000 und die Gemeinde- und Innungs-Krankenkassen mit 20.000; die Betriebskrankenkassen weisen sogar einen kleinen Rückgang in der Mitgliederzahl auf. Es waren nahezu die Hälfte aller Mitglieder bei den Ortskrankenkassen versichert. Die Zahl der Erkrankungsfälle mit Erwerbsunfähigkeit, also solche, für die Krankengeld oder Behandlung im Krankenhaus gewährt wurde, stieg sich auf 3.617.022 mit 66.652.488 Krankheits Tagen im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes, d. h. solchen Krankheits-tagen, für welche Krankengeld oder Krankenanstaltsbehandlung gewährt wurde; auf ein Mitglied kamen durchschnittlich 0,38 Erkrankungs-tage und 6,91 Krankheits-tage. Die Krankheitskosten beliefen sich im Jahre 1901 auf 163.355.589 M, Anstaltsverpflegung, Sterbegelder, Wächnerinnenunterstützung, Fürsorge für Familienangehörige 28.531.594 M; auf ein Mitglied kamen demnach durchschnittlich 16,94 M Krankheitskosten. Das Gesamtvermögen betrug 163 Millionen M (im Vorjahr 165), wovon auf die Ortskrankenkassen 69 1/2, die Betriebskrankenkassen 72 und die eingeschriebenen Hilfskassen 16 1/2 Millionen Mark entfielen.

Das Reichsversicherungsamt hat kürzlich als Referenzinstanz eine sehr bemerkenswerte Entscheidung über die Frage getroffen, unter welchem Umfange den ein erst jahrelang nach dem Unfall gestellter Antrag auf Unfallrente noch als rechtzeitig erfolgt zu gelten habe. Ein Arbeiter hatte im Jahre 1898 einen Unfall erlitten, in dessen Folge sich krankhafte Beschwerden fortgesetzt bemerkbar machten. Da er aber weiter zu arbeiten imstande war, wurde kein Antrag auf Unfallrente gestellt. Als er im Jahre 1901 bettlägerig wurde, stellte Dr. M. einen Zusammenhang zwischen der Krankheit und dem Unfall als möglich hin. Auch jetzt stellte der Verletzte noch keinen Antrag auf Rente. Dies geschah erst im Jahre 1902. Der Anspruch

